

Soziales Europa: Fehlentwicklungen und Lösungsansätze

PHILIPP KLAGES

Die aktuellen Fluchtbewegungen nach Europa haben die Diskussion um ein soziales Europa, die mit der Eurokrise wieder an Fahrt gewonnen hatte, zwischenzeitlich in den Hintergrund gerückt. Dabei ist die soziale Schieflage, die mit der Krise ins öffentliche Bewusstsein vorgedrungen war, noch längst nicht behoben: Nach wie vor sind weite Teile der europäischen Bevölkerung arm oder von Armut bedroht; die Einkommensungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten hat sich über Jahrzehnte vergrößert; auch zwischen den Ländern nehmen die Unterschiede seit Beginn der Eurokrise wieder zu; die Jugendarbeitslosigkeit verharrt insbesondere in Südeuropa auf einem Rekordniveau; nicht zuletzt infolge der wachstumsschädlichen Sparpolitik und der von außen aufgezwungenen Strukturreformen sind die südeuropäischen Länder auf dem besten Wege, zur neuen Peripherie Europas zu werden.

Die soziale Spaltung Europas geht mit einer beispiellosen Schwächung von Arbeitnehmerrechten einher: Im Zuge ihrer Krisenpolitik hat die EU-Kommission sich systematisch in die nationale Lohn- und Tarifpolitik eingemischt und zahlreichen Mitgliedstaaten Kürzungen oder das Einfrieren des Mindestlohns verordnet. In Griechenland, Spanien und Portugal wurde eine Dezentralisierung von Tarifvertragssystemen durchgesetzt – der hierdurch erzielte Rückgang der Tarifbindung ist dramatisch. Die Schwächung der Gewerkschaften in Südeuropa hat neben sinkenden Reallohn und einer generellen Verschlechterung des Schutzes von Arbeitnehmern zu einer Verfestigung der Jugendarbeitslosigkeit beigetragen, da beschäftigungspolitische Maßnahmen wie Ausbildungspakte nicht mehr angemessen umgesetzt werden können. Bei so gravierenden Fehlentwicklungen überrascht es kaum, dass weite Teile der europäischen Bevölkerung das Vertrauen in die EU-Institutionen verloren haben und dass europakritische Parteien regelmäßig als Sieger aus den Wahlen hervorgehen.

Sicherlich sind die soziale Spaltung Europas, die Schwächung von Arbeitnehmerrechten und das Aufblühen europakritischer Protestparteien auch eine Folge der Eurokrise und einer verfehlten Krisenpolitik. Und doch wäre es zu kurz gegriffen, wenn man die soziale Schieflage in Europa einzig und allein den Entwicklungen seit 2008 zuschreiben würde. Tatsächlich reichen die Ursachen der durch die Eurokrise sichtbar gewordenen Probleme in vielen Fällen weiter zurück. Erst wenn man deren Wurzeln in den Blick bekommt, lassen sich mögliche Maßnahmen identifizieren, um Europa wieder sozialer zu gestalten. Die in diesem Schwer-

punktheft versammelten Beiträge fragen daher ganz grundsätzlich, wie es um die Aussichten auf ein soziales Europa derzeit bestellt ist und machen eine Reihe von Fehlentwicklungen aus, die seiner Verwirklichung entgegenstehen. Auf dieser Basis wird diskutiert, welche Maßnahmen geeignet erscheinen, die Lebensverhältnisse und deren Rahmenbedingungen dem Leitbild eines sozialen Europas wieder näher zu bringen.

Daniel Seikel führt in seinem einführenden Beitrag in die grundsätzliche Problematik der institutionellen Architektur der Europäischen Union (EU) ein und erläutert, weshalb diese es so viel leichter macht, marktbehindernde Regeln zu beseitigen als ein gemeinsames Sozialmodell zu schaffen. Jason Beckfield und Martin Heidenreich untersuchen in ihren Beiträgen die Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen Einkommensungleichheiten in Europa. Den von Beckfield aufgewiesenen Trend zum Anstieg innerstaatlicher Ungleichheiten bringen Andreas Nölke mit der Finanzialisierung Europas und Thomas Rixen mit dem innereuropäischen Steuerwettbewerb in Verbindung. Zugleich fragen die Autorinnen und Autoren des Heftes danach, wodurch die von ihnen aufgezeigten Fehlentwicklungen korrigiert werden können. Deutlich wird hierbei, dass die EU nicht nur eine Quelle sozialer Missstände ist, sondern zugleich einige Anknüpfungspunkte für eine sozialere Gestaltung Europas bietet. Die Ansätze hierzu – wie die Europa-2020-Strategie (Leschke), eine sozialere Ausgestaltung des Europäischen Semesters (Cantillon et al.), die von Kommissionspräsident Juncker initiierte Investitionsoffensive („Juncker-Plan“) (Truger) und die Diskussion um einen europaweiten Mindestlohn (Schulten) – werden daraufhin untersucht, inwieweit sie dazu beitragen können, bestehende Hindernisse zu überwinden und Europa wieder sozialer zu machen. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

PHILIPP KLAGES, Dr., ist wissenschaftlicher Projektmitarbeiter in der Redaktion der WSI-Mitteilungen.

@ philipp-klages@boeckler.de